

EURO -RETTUNGSSCHIRM

DER WEG ZUM SOZIALISMUS

„Nun geht es nicht mehr um Griechenland, nun geht es um Euro“. Mit solchem und anderen unsinnigen Sprüchen versuchen die europäischen Politiker, ihre Wähler einzuschüchtern und ihnen klarzumachen, wieso man mit diesem moralischen Glücksspiel weitermachen muss. Genauso wie es unmöglich ist, Feuer mit einem Ventilator zu löschen, so ist es auch unmöglich, Schuldenkrise mit neuen Schulden zu bewälti-

gen. Das Einzige, was hilft, ist es, der Wahrheit ins Auge zu schauen. Griechenland muss seine Zahlungsunfähigkeit erklären, Italien muss sofort ernsthaft mit dem Sparen anfangen und es müssen endlich Regeln eingehalten werden, die sich die Eurozone bei ihrer Entstehung aufgestellt hat. Es wird weh tun, es ist allerdings die einzige Lösung.

Richard Sulík

Inhalt

1	Wie entstand die Schuldenkrise?	3
2	Wie kam der Euro-Rettungsschirm zustande?	4
3	Ist der Euro-Rettungsschirm im Einklang mit demokratischen Prinzipien?	6
4	Was ist der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Kredithilfe für Griechenland?	6
4.1	Bankenbeteiligung	7
4.2	Die Beteiligung der Slowakei (Änderung des Verteilungsschlüssels)	8
4.3	Slowakei und die Zone der zwei Geschwindigkeiten	9
5	Wieso ist die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds notwendig?	9
6	Sind der befristete Euro-Rettungsschirm und der dauerhafte Rettungsschirm solidarisch?	11
7	Wird die Slowakei die Eurofonds verlieren?	12
8	Was geschieht, wenn wir die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds nicht unterstützen? ..	13
8.1	Angeblich werden uns Investoren verlassen	13
8.2	Angeblich wird die Slowakei höhere Zinsen zahlen	13
8.3	Angeblich werden die Aktienmärkte zusammenbrechen	14
8.4	Angeblich wird es zur Rezession kommen	14
8.5	Angeblich blockieren wir die Union	15
9	Wieso hat EZB mit dem Ankauf von italienischen Anleihen begonnen?	15
10	Werden die Eurobonds helfen?	16
11	Wieso sind alle anderen für den Euro-Rettungsschirm, einzig die Slowakei ist dagegen?	17
12	Wie geht es weiter?	19

1 Wie entstand die Schuldenkrise?

Damit eine gemeinsame Euro-Währung in mehreren Ländern funktionieren konnte, die dazu noch wirtschaftlich ziemlich unterschiedlich sind, war es notwendig, Regeln aufzustellen. Da allerdings die europäischen Politiker nicht verantwortlich sind, wurden die Regeln nicht befolgt und die Missachtung wurde auch auf keine Art und Weise bestraft.

Gleich am Anfang wurde jene Regel verletzt, die den Beitritt zur Eurozone jenen Ländern verbot, deren Staatsverschuldung über 60 % des BIP lag. Dennoch wurden Griechenland und Italien¹ aufgenommen.

Im Laufe der ersten 10 Jahre der Eurozone gab es insgesamt 97 Verstöße gegen irgendeine der Maastricht-Kriterien², es wurde jedoch kein einziges Mal ein Land bestraft. 2004 haben sogar Deutschland und Frankreich offen verkündet, dass sie auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien verzichten.

Die Missachtung der Regeln führte in manchen Ländern zur markanten Verschuldung oder anders gesagt, zum Misswirtschaften, zur Unterschlagung, aber

¹ 1991 lag die Staatsverschuldung Italiens bei 105 %, die Staatsverschuldung Griechenlands bei 92%.

² Maastricht-Kriterien – Haushaltsdefizit (3 % des BIP), Staatsverschuldung (60 % des BIP), Inflationsrate höchstens 1,5 Prozentpunkte über dem Inflationsdurchschnitt von drei Ländern mit der niedrigsten Inflation, langfristiger Zinssatz höchstens 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt von drei Ländern mit der niedrigsten Inflation, zwei Jahre lang Teilnahme am Wechselkursmechanismus (ERM2).

insbesondere zum Stimmenkauf³, was zugleich durch den zweiten wichtigen Charakterzug der Politiker gefördert wurde, nämlich die Bereitschaft fremdes Gelder auszugeben.

Echte Probleme tauchten 2010 beim Verstoß gegen eine weitere Regel auf, nämlich den Artikel 125 des Vertrags von Lissabon, laut dem jedes Land für seine eigenen Verbindlichkeiten selbst haftet⁴. Diese Regel wurde umgangen, als Griechenland den ersten Kredit bekommen hat und dann wurde dagegen verstoßen, als der befristete Euro-Rettungsschirm geschaffen wurde.

Auch EZB hat gegen eine wichtige Regel verstoßen, nämlich gegen das Verbot des Erwerbs von Anleihen der Mitgliedsstaaten der Eurozone, als sie griechische Anleihen für mehrere zehn Milliarden Euro angekauft hat. Sie hat ebenfalls eine weitere Regel umgangen, und zwar den Artikel 123 des Vertrags von Lissabon, der der EZB untersagt, Geld den Mitgliedsstaaten zu leihen.

Und als ob dies noch nicht genug wäre, sind Änderungen⁵ am befristeten

³ Der Stimmenkauf stellt einen der Grundmängel der Demokratie dar und funktioniert so, dass sich ein Politiker vor die Wähler stellt und sagt: „Wenn ihr mich wählt, werde ich die dreizehnte Monatsrente, kostenlose medizinische Betreuung und Internet für alle umsonst einführen“. Das klingt natürlich verlockend und bringt Wählerstimmen ein. Der Politiker verrät jedoch nicht, dass er das alles mit Schulden finanzieren wird.

⁴ Die sgn. „No-Bail-Out“-Klausel ist ausgerechnet dann außerordentlich wichtig, wenn die Währungsunion aus ökonomisch unterschiedlichen Ländern besteht.

⁵ Kredite für Länder, deren Bankensysteme in Schwierigkeiten stecken; kurzfristige Finanzhilfen auch für jene Länder, die in der Lage sind, sich aus eigener Kraft auf den Finanzmärkten zu finanzieren;

Eurorettungsschirm, die am 21. 7. 2011 zusammen mit der Aufstockung verabschiedet wurden, ebenfalls ein klarer Verstoß gegen die Regeln.

2 Wie kam der Euro-Rettungsschirm zustande?

Infolge der Nichteinhaltung der Regeln kam es Ende 2009 schließlich dazu – nach Jahren von grenzenloser Verschuldung⁶, dass Griechenland als erster Staat in solche Schwierigkeiten geraten ist, dass die Finanzmärkte⁷ nicht mehr bereit waren, dem griechischen Staat Geld zu vernünftigen Zinssätzen⁸ zu leihen.

Unter normalen Umständen ist ein solcher Staat gezwungen, Sparmaßnahmen zu

⁶ 1981, als der Sozialist Papandreu an die Macht kam, der Vater vom jetzigen Regierungschef, lag die Staatsverschuldung Griechenlands bei 27 % des BIP. Ein Jahr nach seiner achtjährigen Amtszeit, d. h. im Jahre 1990, lag die Staatsverschuldung Griechenlands bereits bei 90 %.

⁷ Was sind eigentlich die Finanzmärkte? Es handelt sich in erster Linie um Banken, die das Geld ihrer Einleger investieren, d.h. insbesondere die Ersparnisse der Bevölkerung. Es handelt sich allerdings auch um andere Institutionen, wie etwa Pensionsfonds, sowie um pure Spekulanten, wie die Hedgefonds. Diese kommen angeflogen wie die Geier zum Aas, sobald sie schnellen und hohen Gewinn wittern, selbstverständlich mit hohem Risiko verbunden. Der Unterschied zwischen einem Hedgefonds und einem Kasinospiel ist gering, und daher wird seine Tätigkeit gewöhnlich auch als Kasino-Kapitalismus bezeichnet.

⁸ Was ist ein vernünftiger Zinssatz? Der Zinssatz setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Erstens ist es der Preis des Geldes, in dem die Inflation und Geldnachfrage berücksichtigt werden (sgn. risikofreier Satz) und zweitens der Risikoaufschlag des Gläubigers. Je mehr Schulden der Schuldner (z.B. ein Staat) hat, umso größer ist das Risiko, dass er eines Tages nicht in der Lage sein wird, sie zurückzuzahlen, und dementsprechend steigt der Risikoaufschlag. Als ein vernünftiger Zins, das bedeutet ein Zins, den der Staat langfristig zahlen kann, wird ein Satz unter 6 % angesehen.

realisieren, und wenn er dazu nicht in der Lage ist, geht er bankrott⁹. Jedoch nicht Griechenland. Europäische Politiker und die EZB¹⁰ sind angerückt und haben die „Rettung“ des Landes in Angriff genommen. Zuerst haben sie behauptet, dass Griechenland in der Lage sei, für seine Schulden selbst aufzukommen, dann dass 30 Mrd. Euro nötig sein werden, dann wiederum 60 Mrd. Euro und schließlich haben sie den Plan ausgedacht, dass die sonstigen Mitgliedsstaaten der Eurozone¹¹ Griechenland einen Kredit in Höhe von 110 Mrd. Euro gewähren sollten, und dies trotz der hohen Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland nicht in der Lage sein wird, den Kredit zurückzuzahlen. Ebenfalls haben Sie versichert, dass mit dem Kredit alles gelöst sein werde und dass Griechenland innerhalb von einem Jahr auf die Finanzmärkte zurückkehren werde. Die Slowakei hat bei diesem Unsinn, hauptsächlich dank SaS, zum Glück nicht mitgemacht, wodurch ihren Steuerzahlern 820 Millionen Euro gespart wurden.

⁹ Was heißt das, wenn ein Staat Bankrott macht? Bei anderen Schuldner (wie etwa Unternehmen) kommt ein Vollstrecker, verkauft das Vermögen des Unternehmens und begleicht die Schulden. Bei einem Staat kommt das nicht in Frage. Der Staat wird Mitglied vom sgn. Pariser Club und es wird eine Vereinbarung mit den Gläubigern getroffen. Konkret heißt das, dass die Laufzeiten der Kredite verlängert, die Auszahlung von Zinsen eingestellt und im äußersten Fall der Nominalwert gesenkt wird. In der Geschichte sind bereits viele Länder bankrott gegangen, d.h. sie haben ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt, in den letzten Jahren unter anderen Island, Russland und Argentinien.

¹⁰ EZB – Europäische Zentralbank

¹¹ Die Eurozone besteht aus 17 Staaten, die die Währung Euro haben. Es handelt sich um Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Holland, Griechenland, Belgien, Portugal, Österreich, Slowakei, Finnland, Irland, Slowenien, Estland, Zypern, Luxemburg, Malta.

Zugleich hat sich allerdings gezeigt, dass ähnlich schlechte Zahlen¹² neben Griechenland auch andere Länder wie Portugal, Irland, Spanien, Italien ausweisen. So wurde der Termin PIIGS¹³ geboren. **Und was haben sich die klugen Politiker in Brüssel ausgedacht? Sie haben den befristeten Euro-Rettungsschirm¹⁴ geschaffen, der die unverantwortlich wirtschaftenden Staaten mit dem Geld der verantwortlich wirtschaftenden Staaten retten soll. Es gab große Versprechen, dass es sich nur um einen befristeten Rettungsfonds¹⁵ - für drei Jahre – handeln wird, und dass er ausschließlich auf Garantien aufgebaut sein wird.**

Im August 2010 hat das slowakische Parlament den befristeten Euro-Rettungsschirm verabschiedet. Seiner Entstehung stimmte auch SaS zu und dies aus zwei Gründen. Zum Ersten, es sollte sich um

¹² Was sind Zahlen und wann werden sie als schlechte Zahlen bezeichnet? Verfolgt wird insbesondere die Gesamtstaatsverschuldung, ausgedrückt im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP). Die Gesamtstaatsverschuldung der Slowakei beträgt ca. 45 %, das Maastricht-Kriterium sieht 60 % vor, die Verschuldung Griechenlands betrug damals 110 %. Des Weiteren wird das Jahresdefizit verfolgt, das ist die Neuverschuldungsrate. Das Defizit der Slowakei lag dank Fico bei 8 % (im 2010), das Maastricht Kriterium legt 3 % fest und das Defizit Griechenlands betrug 2010 über 10 %. Überdies wird das Wirtschaftswachstum, d.h. BIP-Wachstum verfolgt. Das BIP der Slowakei stieg um 4 %, ein Maastricht-Kriterium für das BIP-Wachstum gibt es nicht, das griechische BIP sank 2010 um 5 %.

¹³ PIIGS – Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien – abgeleitet vom dem englischen Wort - pigs (übersetzt - Schweine)

¹⁴ EFSF – European Financing Stability Facility

¹⁵ Zum Beispiel die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Oktober 2010 gesagt, dass es keinen dauerhaften Rettungsschirm künftig geben werde. Dieses Versprechen wurde weniger als sechs Monate gehalten. Im Frühling 2011 wurde bereits fröhlich über den dauerhaften Rettungsschirm (ESM) verhandelt.

ein temporäres Instrument handeln, und zum Zweiten, müssen die Kredite aus dem Rettungsfonds „kompatibel mit der Schuldentrückzahlungsfähigkeit“ sein, mit anderen Worten, eine Kredithilfe bekommt ein Land nur dann, wenn real anzunehmen ist, dass es imstande sein wird, diese Kredithilfe zurückzuzahlen¹⁶. Ein Bestandteil der Billigung des Vertrags über den befristeten Euro-Rettungsschirm war auch die Bevollmächtigung des Finanzministers zur Vertretung der Slowakischen Republik¹⁷.

Es hat sich dann allerdings erwiesen, dass die europäischen Politiker wieder einmal gegen das eigene Regelwerk grob verstoßen. Erstens, wie ich bereits erwähnt habe, wird aus dem befristeten Euro-Rettungsschirm ein dauerhafter Rettungsschirm. Zweitens, bald bekommt auch Griechenland eine Kredithilfe aus dem befristeten Euro-Rettungsfonds, wobei allen klar ist, dass ein Kredit für ein Land, das im Grunde genommen Bankrott gemacht hat, nicht „mit der Schuldentrückzahlungsfähigkeit kompatibel“ ist. Und drittens, es ändert sich das Wesen des Euro-Rettungsschirms, indem seine Kompetenzen beträchtlich erweitert werden. Dem Euro-Rettungsschirm als einem Subjekt des Privatrechts wird es erlaubt sein, Anleihen von Problemländern anzukaufen und Geld diesen Ländern zu leihen, auch bevor sie in einen Zustand geraten, in dem sie sich nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können. Zudem wird der Euro-

¹⁶ Diese Voraussetzung haben zumindest theoretisch Irland und Portugal erfüllt, die ersten zwei Länder, die eine Kredithilfe aus dem Rettungsfonds bekommen haben.

¹⁷ Aus diesem Grund war nur die Zustimmung von Ivan Mikloš zum Kredit für Irland und Portugal aus dem Euro-Rettungsfonds ausreichend und es bedurfte keiner Zustimmung des Nationalrates.

Rettungsschirm befugt sein, Geld auch solchen Ländern zu leihen, deren Banksektoren in Systemkrise geraten¹⁸ sind.

All dies steht im Widerspruch zu der ursprünglichen Vereinbarung über den befristeten Euro-Rettungsschirm und unter diesen Bedingungen hätte SaS dem befristeten Euro-Rettungsschirm nicht zugestimmt.

3 Ist der Euro-Rettungsschirm im Einklang mit demokratischen Prinzipien?

Bestimmt nicht. **Die Beträge, um die es beim befristeten Euro-Rettungsschirm, bei dessen Aufstockung und dem dauerhaften Rettungsschirm geht, stellen einen wichtigen Teil des slowakischen Staatshaushalts dar¹⁹. Wird der Nationalrat die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsschirms und den Eintritt der Slowakei in den dauerhaften Rettungsschirm²⁰ verabschieden, dann wird es dazu kommen, dass ein souveräner und selbständiger Staat seine Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die Verwendung des Betrags, der seinen Jahreshaushalt übersteigt, auf den ESFS und ESM Gouverneurrat überträgt, denn die Verbindlichkeiten der Slowakei (sollten die Garantien realisiert werden) werden zum direkten Bestandteil der**

¹⁸ In der Praxis würde dies bedeuten, dass der Euro-Rettungsfonds Geld auch beispielsweise Deutschland und Frankreich leihen kann, sollten ihre Bankensektoren in Schwierigkeiten geraten.

¹⁹ Der Betrag ist höher als ein gesamter slowakischer Staatshaushalt.

²⁰ Die Schaffung des befristeten Euro-Rettungsschirms hat der Nationalrat im August 2010, auch mit Stimmen von SaS, gebilligt. Wieso, siehe Kapitel 2, Absatz vier.

Staatsverschuldungsquote und die Kosten für die Bedienung dieser Verbindlichkeiten wiederum zum Bestandteil vom Staatshaushalt der Slowakei. Es wird also dazu kommen, dass der Nationalrat, dessen sgn. „Königsrecht“ es ist, den Staatshaushalt²¹ zu verabschieden, und der dafür zweifelsohne von den Wählern in den direkten Wahlen ein Mandat erhalten hat, auf dieses Recht zugunsten von einem Rat verzichtet, der kein direktes Mandat von den Wählern bekommen hat. Dies steht in krassem Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien.

Beispielsweise in Deutschland hat eben aus diesem Grund eine Gruppe von Abgeordneten, angeführt vom Abgeordneten Peter Gauweiler, eine Verfassungsbeschwerde gegen den befristeten Euro-Rettungsschirm eingereicht. Die Entscheidung ist leider eine jein Entscheidung.

4 Was ist der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Kredithilfe für Griechenland?

Der erste Kredit war bilateral, das heißt, dass jedes Mitglied der Eurozone selbständig Griechenland einen bestimmten Betrag geliehen hat. Anders wie bei dem ersten Kredit soll der zweite Kredit für Griechenland aus dem befristeten Rettungsfonds gewährt werden. Genauso wie im Falle von Irland und Portugal handelt es sich um Zahlung aus dem befristeten Euro-Rettungsfonds, allerdings mit dem Unterschied, dass Griechenland

²¹ Daher wird auch das Staatshaushaltsgesetz als das Gesetz des Jahres bezeichnet.

Geld bereits einmal bekommen hat und heutzutage feststeht, dass es nicht imstande sein wird, den ersten Kredit, geschweige denn den zweiten Kredit, zurückzuzahlen. Daher steht dessen Gewährung in Widerspruch zum eigentlichen Vertrag über den befristeten Euro-Rettungsschirm²². Die Position der SaS ist in dieser Sache eindeutig und konsistent. Wir waren gegen den ersten Kredit und [sind es auch gegen den zweiten Kredit für Griechenland](#).

SDKÚ hat sich im Mai 2010 ebenfalls [gegen den ersten Kredit für Griechenland](#)²³ ausgesprochen, ein Jahr später befürwortet sie allerdings den zweiten Kredit. Die Partei behauptet, ihre Stellung sei [konsequent und konsistent](#) und gibt drei Gründe an. Erstens ist diesmal eine Beteiligung des Privatsektors²⁴ (also insbesondere der Banken) gesichert, und vor einem Jahr war dies nicht der Fall. Zweitens, die Beteiligung der Slowakei war vor einem Jahr ungerecht hoch und in der Zwischenzeit ist es gelungen, den Verteilungsschlüssel zu ändern. Drittens, ändert sich die Eurozone in eine Zone der zwei Geschwindigkeiten, dann liegt es im strategischen Interesse der Slowakei, Mitglied des sgn. nördlichen, stärkeren Teils zu werden, dem auch Deutschland und Frankreich angehören werden.

Sehen wir uns daher diese „Gründe“ näher an:

²² Die aus dem Euro-Rettungsschirm gewährten Kredite müssen „kompatibel mit der Schuldrückzahlungsfähigkeit“ sein, mit anderen Worten, den Kredit bekommt ein Land nur dann, wenn real anzunehmen ist, dass es imstande sein wird, ihn zurückzuzahlen.

²³ Das war allerdings in der Zeit der Vorwahlkampagne, im Mai 2010.

²⁴ PSI – Private Sector Involvement

4.1 Bankenbeteiligung

In ihrem [Angebot](#) haben die Banken vorgeschlagen²⁵, eine Hälfte von ihren griechischen Anleihen im Verhältnis eins zu eins gegen neue griechische Anleihen zu tauschen. Bei dem eigentlichen Austausch erleiden die Banken daher keine Verluste (!), der Unterschied besteht in der Verzinsung. Die alten Anleihen sind hoch verzinst, weil für sie nur der griechische Staat haftet, der das schlechteste Rating der Welt²⁶ und daher so gut wie keine Bonität hat. Für die neuen griechischen Anleihen wird der Euro-Rettungsschirm garantieren²⁷, der ein AAA Rating hat, und daher die bestmögliche Bonität, genau solche Bonität wie Deutschland. Während die Banken für deutsche Anleihen im Durchschnitt weniger als 3 %²⁸ bekommen, bekommen sie für die neuen griechischen Anleihen mit

²⁵ Schon die Tatsache selbst, dass Banken eigenen Verlust vorschlagen, ist bedenklich. Es ist, als würde ein Täter die eigene Strafe vorschlagen. Josef Ackermann, der Chef des internationalen Bankenverbands und zugleich der Chef der Deutschen Bank, hat zur Bankenbeteiligung gesagt, dass es für die Banken hart sein werde. Dabei konnte er nur mit Schwierigkeiten sein Lächeln unterdrücken, was ja verständlich ist, da die Banken im Endeffekt an der Beteiligung des Privatsektors profitieren werden.

²⁶ Moody's Caa1, Standard & Poor's CCC, Fitch Ratings CCC (Anm.: sämtliche Angaben stammen aus der zweiten Julihälfte 2011)

²⁷ Die Haftung wird sich nur auf den Nominalwert beziehen, für Zinsen wird der griechische Staat haften. Die Zinsen werden jedoch jedes Jahr (Coupon) fällig und daher ist es wahrscheinlicher, dass sie gezahlt werden. Der Nominalwert wird erst nach der Gesamtlaufzeit fällig sein, d.h. nach 30 Jahren.

²⁸ [Bei Anleihen mit Laufzeit von 1 Jahr liegt die Verzinsung bei 2,08 %, von zwei Jahren bei 1,53 %, von fünf Jahren bei 2,35 % und von zehn Jahren bei 3,13 %.](#)

gleichermaßen niedrigem Risiko (!) im Durchschnitt 4,73 %²⁹. Die zweite Hälfte der Anleihen wird ebenfalls ausgetauscht werden, hierbei wird es allerdings zu einem Hair-Cut kommen, also zur Senkung des Grundwerts um 20 %. Zugleich wird der Zins bis auf 6,8 % steigen, wodurch der gesamte Hair-Cut im Laufe von 15 oder 30 Jahren kompensiert wird.

Auf diese Art und Weise werden in kurzer Zeit Anleihen für 37 Mrd. Euro ausgetauscht. Die Politiker bemühen sich, ihre Steuerzahler davon zu überzeugen, dass dies die „Beteiligung“ des Privatsektors sei. In Wirklichkeit werden die Banken von diesem Geld um ca. 1,5 % jährlich mehr profitieren, als wenn sie es in deutsche Anleihen investieren würden und dies beim gleichen Sicherheitsgrad. Anders gesagt, die Banken tauschen griechische Anleihen im Wert von 37 Mrd. Euro gegen griechische Anleihen im Wert von 37 Mrd. Euro und gewinnen dabei 500 Mio. Euro jährlich. Das ist ein Witz und keine „Bankenbeteiligung“³⁰.

²⁹ In den ersten fünf Jahren 4 %, in den nächsten fünf Jahren 4,5 % und in den darauffolgenden 20 Jahren 5%.

³⁰ Es bleibt die Frage offen, woher die 21 % stammen, mit denen die europäischen Politiker ihre Steuerzahler zu beeindrucken versuchen. Ich will hier nicht ins Detail gehen, aber die Pointe liegt darin, dass ein hoher Diskontsatz von 9 % angewendet wurde, damit sich eine solch hohe Beteiligung der Banken ergibt. Niemand hatte eine Erklärung dafür, wieso der Satz von 9 %, und nicht ein niedrigerer Satz angewandt wurde. Bei einem Diskontsatz von etwa 5 % ergibt sich

4.2 Die Beteiligung der Slowakei (Änderung des Verteilungsschlüssels)

Der Anteil der Slowakei am befristeten Euro-Rettungsfonds beträgt 0,9935 %. Das ist entschieden viel, da doch der Anteil des reichsten EU-Landes, Luxemburg, kaum der Hälfte im Verhältnis zum BIP³¹ entspricht. Ivan Mikloš hat zwar unseren Anteil auf 0,73 % runtergehandelt, dieser wird allerdings erst bei dem dauerhaften Rettungsschirm zur Geltung kommen. Der slowakische Anteil an den Kredithilfen, die aus dem befristeten Euro-Rettungsfonds vergeben werden, wird sogar noch steigen, und zwar auf 1,0622 %, da sich Irland, Portugal und Griechenland an neuen Kredithilfen nicht mehr beteiligen müssen. Unsere Beteiligung an dem aktuellen Kredit für Griechenland wird demnach bei 1,0622 % und nicht bei 0,73 % liegen, was eine Differenz von einer Viertel Milliarde Euro ausmacht. Sollte auch Spanien eine Kredithilfe aus dem befristeten Euro-Rettungsfonds bekommen, steigt die Beteiligung der Slowakei daran auf 1,18 %, sollte auch Italien Geld bekommen, dann wird die Beteiligung bei 1,35 % liegen.

dann für die Banken kein Verlust von 21 %, sondern ein Gewinn von 3 %.

³¹ BIP der Slowakei beträgt 70 Mrd. Euro, was das 2,5-fache des BIP Luxemburgs ist, wobei der Anteil der Slowakei am Rettungsschirm gegenüber dem Anteil Luxemburgs das Vierfache ist.

4.3 Slowakei und die Zone der zwei Geschwindigkeiten

Auch wenn eine Zone der zwei Geschwindigkeiten entstehen würde, wäre die Eintrittskarte in diesen Club nicht die Tatsache, ob ein Land in der Vergangenheit den Euro-Rettungsschirm unterstützt hat oder nicht. Der Grund für die Aufteilung des Euroraums in zwei Teile ist doch gerade das Bestreben seiner Schlüsselwirtschaften, Deutschlands und Frankreichs, danach, die peripheren Wirtschaften³² loszuwerden. Über den Eintritt in die „bessere“ Eurozone entscheidet in erster Linie das Rating des Landes. Darin wird sich in der Regel widerspiegeln, in wie weit die Fiskalpolitik des jeweiligen Landes glaubwürdig ist, und wie es mit der langfristigen Rückzahlungsfähigkeit seiner Staatsschulden aussieht. Würde sich die Slowakei an der Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds beteiligen und in den dauerhaften Rettungsschirm eintreten, wäre sie gezwungen, selber Geld auf den Finanzmärkten zu leihen, und somit würde das Rating der Slowakei herabgestuft werden. Mit anderen Worten, gerade durch die Beteiligung am Euro-Rettungsschirm sinken unsere Chancen!

³² In der Wirtschaft sind Begriffe „core economies“ (wie etwa Deutschland oder Frankreich, auf deren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Eurozone als Gesamtheit basiert) und „peripheral economies“ (wie etwa Griechenland oder Irland, deren Beteiligung an der Wirtschaft des Euroraums marginal ist) gebräuchlich.

Falls die erste Kredithilfe für Griechenland unsinnig war, weil es sich sowieso auf dem Wege zum Bankrott befunden hatte, dann ist die zweite Kredithilfe totaler Unsinn, weil es bereits Bankrott ist. Um so mehr stimmt es, dass jedes Geld für Griechenland reine Verschwendung ist. Dennoch hat Ivan Mikloš am 21. Juli 2011 der Bereitstellung von Garantien für die Gewährung eines Kredits für Griechenland in Höhe von 800 Mio. Euro³³ zugestimmt.

5 Wieso ist die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds notwendig?

Der befristete Euro-Rettungsfonds war für 750 Mrd. Euro dimensioniert, an denen sich der IWF mit 250 Mrd. Euro, die Europäische Kommission mit 60 Mrd. Euro und die Mitgliedsstaaten des Euroraums mit 440 Mrd. Euro beteiligen sollten. Da die Beteiligung der Slowakei 0,9935 % beträgt, haben wir uns verpflichtet, bedingungslose und unwiderufliche Garantien in Höhe von mindestens 4,371 Mrd. Euro bereitzustellen. Nur „da ist den Genossen irgendwo ein Fehler unterlaufen“ und es hat sich herausgestellt, dass dem befristeten Euro-Rettungsfonds zwar Garantien für 440 Mrd. Euro von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen, allerdings kann er selbst Kredithilfen

³³ Finanzminister Ivan Mikloš hat am 1. 7. 2011 im Nationalrat erklärt, dass der Betrag, mit dem die Slowakei haften werde, nicht 600 Mio. Euro (wie meine Befürchtungen waren), sondern nur 350 Mio. Euro betragen werde. 20 Tage später hat er in Brüssel dem Betrag von 800 Mio. Euro zugestimmt. Seine Reaktion darauf war die Behauptung, dass über diese Aufstockung niemand Bescheid wüsste, was eine Verspottung der slowakischen Steuerzahler ist und nur eine Bestätigung dafür ist, dass Verschleierung zur Arbeitsmethoden der EU gehört.

lediglich in Höhe von 250 Mrd. Euro vergeben, ohne sein bestes Rating AAA³⁴ zu verlieren.

Daher kommt nun der Druck auf die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds. Man muss sich allerdings vor Augen halten, dass die Slowakei bereits eine Verpflichtung hat (vom letzten Jahr), im Bedarfsfall bedingungslose und unwiderrufliche Garantien in Höhe von 4,371 Mrd. Euro für Kredite (Gesamtvolumen) bereitzustellen, die an unverantwortlich wirtschaftende Länder vergeben wurden. Die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds bedeutet für die Slowakei weitere Garantien in Höhe von 3 Mrd. Euro, diesmal aber nur für den Nominalwert³⁵. Nach der Aufstockung des Euro-Rettungsfonds wird die Slowakei verpflichtet sein, Garantien insgesamt für rund 10 Mrd. Euro zu stellen, was beinahe dem Staatshaushalt der Slowakei für 1 Jahr entspricht.

³⁴ Wenn für 440 Mrd. Euro Länder mit unterschiedlichen Ratings gradstehen, kann bei der Erhaltung des besten Ratings die Kreditkapazität nicht 440 Mrd. Euro betragen. Diese Tatsache außer Acht zu lassen, nicht darüber Bescheid zu wissen oder sich dieser Tatsache nicht bewußt zu werden, das wirft in der Tat kein besonders gutes Licht auf die „Experten“ der EU.

³⁵ Die Änderung der Terminologie vom „Gesamtvolumen“ zum „Nominalwert“ bedeutet, dass der bisherige effektive Betrag von 250 Mrd. Euro Nominalwert und Zinsen einschließt, während der neue effektive Betrag von 440 Mrd. Euro nur noch den Nominalwert einschließen wird, und die Zinsen kommen noch dazu. Haften werden wir jedoch für alles, und daher wird die Slowakei nach der Aufstockung nicht für ein Volumen von ca. 7,2 Mrd. Euro haften, sondern von ca. 9 bis 11 Mrd. Euro (bei einem Nominalwert von 7,2 Mrd. Euro, bei einer Laufzeit von 15 Jahren in Durchschnitt und beim Zins von 3,5 %). Leider ist keine genauere Einschätzung möglich, da wie üblich keine genaueren Informationen zur Verfügung stehen.

Von viel größerer Bedeutung ist allerdings die Frage, was nach der Garantiestellung geschieht, sagen wir für Griechenland. Ich bin der Meinung, dass überhaupt nichts geschehen wird. Das Verschwenden und Misswirtschaften wird nach wie vor fortgesetzt. [In Griechenland liegt das Defizit](#) für die ersten 7 Monate dieses Jahres beispielsweise bei 15 Mrd. Euro, und dies trotz dem Spargerede seit eineinhalb Jahren. Griechenland, das für seine außerordentlich großzügigen Renten, für sein Heer mit 134-tausend Soldaten und für seine 100-tausend Beamten immer mehr und mehr Geld braucht, wird sich dieses Geld einfach nicht auf den Finanzmärkten zu üblichen Bedingungen leihen, sondern es sich aus dem Euro-Rettungsfonds³⁶ besorgen.

In der Zwischenzeit haben die Griechen mit dem Blindekuhspiel aufgehört und das griechische Finanzministerium hat geradewegs gesagt, die griechische Verschuldung sei außer Kontrolle geraten³⁷. Mit anderen Worten, anstatt von Einsparungen werden sie nach wie vor Riesendefizite³⁸ produzieren.

³⁶ Die Griechen wären doch dumm, wenn sie es versuchen würden, sich Geld auf den Finanzmärkten zu besorgen. Erstens, sie müssten sich bemühen, verantwortungsvoll zu wirtschaften, und zweitens, sie müssten viel höheren Zins zahlen. So bekommen Sie Geld aus dem Euro-Rettungsfonds, ohne sich anstrengen zu müssen, und zum Zins von 3,5 %.

³⁷ *"Der heftige Schuldenanstieg, hohes Primärdefizit haben die Schuldendynamik bis aufs Äußerste verschlechtert, die Schuldendynamik ist außer Kontrolle geraten"* hat in der Nachricht vom 31. 8. 2011 der vom griechischen Finanzministerium bestellte Expertenausschuss verkündet.

³⁸ Dabei haben noch im Mai dieses Jahres die „Experten“ der sgn. Troika (EU, EZB und IWF) mit Primärdefizit (Defizit ohne Zinsen) von 0,9 % für 2011 und für folgende Jahre mit Primärüberschuss (1,2 % im 2012, 3,5 % im 2013 und 6,1 % im 2014) gerechnet.

Wenn die Slowakei also bedingungslose und unwiderrufliche Garantien im Rahmen des befristeten Euro-Rettungsschirms stellt (auf Grundlage von welchen Kredit an Griechenland vergeben wird, den es sicherlich nicht zurückzahlen wird), werden wir den Betrag, für den wir Garantie gestellt haben, auch real zahlen müssen. Da auch das slowakische Budget Defizit ausweist, werden wir den gegenständlichen Betrag leihen müssen und uns dadurch noch mehr verschulden! Auf slowakisch gesagt: „Wir haben zwar nackten Hintern, dennoch werden wir uns ordentlich verschulden, damit wir in Brüssel die Schönen sind. Wir können uns das ja leisten.“

Der dauerhafte Rettungsschirm trägt noch zur Verschlechterung dieser Lage bei. Der ganze Euroraum steuert auf die sgn. Transferunion zu, in der die verantwortlichen Staaten die Unverantwortlichen finanzieren werden. So wie das Regelwerk gegenwärtig eingestellt ist, ist man wortwörtlich motiviert, Geld aus dem Euro-Rettungsfonds in Anspruch zu nehmen. Erstens, der Staat braucht sich nicht die Mühe zu geben, die Investoren davon zu überzeugen, ein vertrauenswürdiger Schuldner zu sein. Zweitens, die Zinsen sinken auf die garantierten 3,5 %. Und drittens, der Staat, der vom Euro-Rettungsschirm eine Kredithilfe bekommt, muss keine Garantien mehr für Kredithilfen für andere Länder stellen. **Hurra, von den europäischen Bürokraten wurde ein Mechanismus zusammengebastelt, der zur ordentlichen Verschuldung anregt! Und was am aller schlimmsten ist, dieser Mechanismus ist keine Lösung der Schuldenkrise. Im Gegenteil, er vertieft sie noch mehr.** Es ist wie mit einem Süchtigen,

der seine Probleme durch Erhöhung seiner täglichen Dosis in den Griff kriegen will.

6 Sind der befristete Euro-Rettungsschirm und der dauerhafte Rettungsschirm solidarisch?

Solidarität, mit der europäische Politiker immer wieder argumentieren, ist heuchlerisch. Die Zahlungsunfähigkeit ist kein Erdbeben oder Tsunami, bei dem die Hilfe dem betroffenen Staat ein Zeichen echter Solidarität wäre. Zahlungsunfähigkeit ist in erster Linie eine schlechte Nachricht für denjenigen, der Geld geliehen hat, d.h. für den Gläubiger, da er sein Geld bzw. einen Teil davon verlieren kann. Ob der Gläubiger nun das Geld dem schlechten Schuldner aus Unwissenheit oder aus Habgier mit Aussicht auf hohe Zinsenerträge geliehen hat, das spielt keine Rolle. Was zählt, ist, dass die Gläubiger lange Zeit und ziemlich gut an den griechischen Staatsanleihen³⁹ verdient haben, ohne ihre Gewinne mit jemandem zu teilen. Die Gewinne waren daher privat. Nun (im Falle der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands) drohen Verluste und plötzlich machen europäische Politiker große Sprüche zum Thema Solidarität (heuchlerische Solidarität!). In Wirklichkeit geht es nur darum, die Gewinne der ausländischen, in erster Linie der

³⁹ Was ist eigentlich eine Anleihe? Es handelt sich um ein (Wert) Papier, das von einer Regierung ausgegeben wird, die Geld braucht, weil ihre Einnahmen niedriger als ihre Ausgaben sind. Darauf stehen der Betrag, der von der Regierung ausgeliehen wird (sgn. Nominalwert), der entsprechende Zins, sowie das Datum, wann die ausgeliehenen Finanzen zurückgezahlt werden.

deutschen und französischen Banken⁴⁰ zu retten. Ich frage also, wieso sollte man wieder einmal die Finanzverluste sozialisieren, während die Gewinne privatisiert werden?

Beim befristeten Euro-Rettungsschirm gab es ursprünglich die Hoffnung, dass er unter gewissen Umständen den Staaten real helfen könnte. Allerdings wurden mit der Kredithilfe für Griechenland aus dem befristeten Euro-Rettungsfonds (insgesamt bereits der zweiten Kredithilfe) alle Prinzipien über Bord geworfen. Nun ist es nur noch ein Instrument zur Bildung von weiteren Schulden, die zur Rückzahlung der alten Schulden und daher also zur Rettung der Bankengewinne verwendet werden. Nach den aktuellen Änderungen, die am 21. Juli 2011 vereinbart wurden, macht es der befristete Euro-Rettungsschirm möglich, die eigenen Schulden auf andere zu verschieben. Ist das vielleicht solidarisch? Nein, das ist unverantwortlich!

Andere Fragenstellung: Der griechische Staat hat lange Jahre auf Kredit gelebt, weil die unverantwortlichen griechischen Politiker ihre Rentner mit vierfach höheren Renten⁴¹ beschenkt haben und auf diese Art und Weise Wählerstimmen gekauft haben. **Ist das solidarisch, wenn ein slowakischer Rentner dem griechischen Rentner zu seiner vierfach höheren Rente in Form von höherer MwSt.**

⁴⁰ Damit vielleicht kein Missverständnis vorliegt: jegliche Finanzen, die unter dem Namen „Kredithilfe“ bzw. „Ankauf der Anleihen durch die EZB“ nach Griechenland fließen, wandern sofort in die ausländischen Banken (und heutzutage im großen Ausmaß auch in die Hände von Spekulanten) zur Rückzahlung von Forderungen und für Zinsen.

⁴¹ 2010 betrug die durchschnittliche slowakische Rente 378 Euro, die durchschnittliche griechische Rente lag bei 1365 Euro.

beisteuern muss? Wir behaupten, dass es nicht solidarisch ist. Der Euro-Rettungsschirm ist keineswegs solidarisch, im Gegenteil, er ist unsolidarisch, weil er zur Schuldenbildung verführt.

7 Wird die Slowakei die Eurofonds verlieren?

Neben dem Gerede über falsche Solidarität argumentieren manche damit, dass die Slowakei Eurofonds verlieren wird, sollte sie den Euro-Rettungsschirm nicht unterstützen. Das stimmt natürlich nicht, da die Eurofonds auf einer ganz anderen Vertragsgrundlage als der Euro-Rettungsschirm beruhen, aber nehmen wir an, dass europäische Politiker beginnen würden, die Eurofonds mit dem Rettungsschirm in Verbindung zu bringen. Selbstverständlich würde es sich um primitive Erpressung handeln, aber auch schlimmstenfalls ist es für die Slowakei noch immer besser, die Eurofonds zu verlieren, von denen ein großer Teil nicht in Anspruch genommen wird (und diejenigen, die in Anspruch genommen werden, ausgiebig die Korruption nähren und das unternehmerische Umfeld deformieren), als milliardenhohe bedingungslose und unwiderrufliche Garantien für Rettungsschirme bereitzustellen.

Genauso fehl am Platz ist das Gerede, dass wir mit den Griechen solidarisch sein müssen, weil wir Hilfe aus den Eurofonds bekommen. Die Griechen haben doch viel mehr Hilfe aus den Eurofonds⁴² bekommen, als wir, und dennoch ist es ihnen nicht genug. Hier geht es um keine Solidarität. **Hier geht es darum, dass ein armes Land (Slowakei) Geld**

⁴² Schätzungsweise über 100 Milliarden Euro.

reicheren Ländern (Griechenland, Italien) beizusteuern hat, damit die besagten Länder ihren Lebensstandard über ihre Verhältnisse halten können.

8 Was geschieht, wenn wir die Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds nicht unterstützen?

„Die Welt bricht zusammen“, so ließen sich mit vier Worten all die Katastrophenszenarios zusammenfassen, mit denen uns unsere Koalitionspartner Angst einjagen möchten. Sollte der Euro-Rettungsfonds nicht aufgestockt werden, drohen sie regelrecht damit, dass uns die Investoren verlassen, die Zinsen steigen, die Aktienmärkte fallen, Rezession sich einstellen und die Union blockiert wird. Schauen wir uns daher die Pseudoargumente im Detail an:

8.1 Angeblich werden uns Investoren verlassen

Die Investoren kommen und gehen, je nach dem, wo sie welche Bedingungen finden. Daher hat sich auch SaS als eines der Hauptziele die Verbesserung vom unternehmerischen Umfeld gesetzt, weil lediglich (private) Arbeitgeber Arbeitsplätze schaffen. Je besser die Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit und Beschäftigung sind, um so größer ist die Chance, dass Investoren kommen und umso niedriger ist somit logischerweise das Risiko, dass die Investoren uns verlassen. Und nun die wichtige Frage: Wenn wir im Rahmen vom

Euro-Rettungsschirm eines Tages verpflichtet sein werden, einige Milliarden Euro für griechische Renten aufzubringen oder dafür, damit die Iren nach wie vor ihre 12,5% Einkommensteuer behalten können, und folglich die Slowakei gezwungen sein wird, die Einkommensteuer zu erhöhen, dann frage ich, haben wir unser unternehmerisches Umfeld verbessert oder verschlechtert?

8.2 Angeblich wird die Slowakei höhere Zinsen zahlen

Die Höhe vom Zins, den ein Land für seine Anleihen zahlen muss, hängt von seinem Rating ab⁴³. Je weniger Schulden, um so besser (in der Regel) das Rating und somit auch niedrigere Zinsen. Wird die Slowakei für Milliardenkredite für verschiedene Länder haften, wird dies zweifelsohne zur Herabstufung des Ratings der Slowakei und somit generell zur Zinserhöhung führen. Das Gegenteil ist also wahr: gerade wenn wir uns an der Aufstockung des befristeten Euro-Rettungsfonds beteiligen, wird die Slowakei höhere Zinsen zahlen müssen.

⁴³ Weltweit gibt es drei große Ratingagenturen, die die meisten Länder der Welt nach deren Fähigkeit, ihre Verbindlichkeiten zu zahlen, bewerten. Je höher die Wahrscheinlichkeit, dass das Land seine Verbindlichkeiten zahlen kann, desto besseres Rating bekommt es, und desto niedriger ist der Risikoaufschlag bei der Platzierung von Staatsanleihen am Finanzmarkt. Deutschland beispielsweise, das das bestmögliche Rating (AAA) hat, zahlt für seine Anleihen aktuell nur 2,8 %. Italien, das ein schlechteres Rating, höheres Defizit und die zweithöchste Verschuldung im Euroraum hat, zahlt für seine Anleihen ca. 6%.

8.3 Angeblich werden die Aktienmärkte zusammenbrechen

Der Aktienkurs orientiert sich nicht nur nach den Wirtschaftsergebnissen des jeweiligen Unternehmens⁴⁴, sondern ist häufig auch Gegenstand von Spekulationen. Gelegentlich entsteht dabei eine Blase, dann kommt es zum schnellen Wachstum der Aktienkurse und Investoren machen sich große Hoffnungen und träumen von hohen Gewinnen. Eines Tages kommt es aber dazu, dass solche Blase platzt⁴⁵ und die Aktienkurse stürzen ab. Manche werden daran profitieren, manche draufzahlen. Manche – geblendet von ihrer Habgier und Vision vom schnellen Geld – werden sich dabei ziemlich verschulden und alles verlieren. Manchmal sind es die Banken, deren Managers die Börse mit Kasino verwechseln und die Bank, für die sie arbeiten, zum Bankrott bringen. Vielleicht wäre es angebracht, sich Gedanken über strengere Regeln für Banken und über höhere persönliche Verantwortung der Topmanagers der Banken zu machen. Ein eventueller Rückgang der Aktienkurse stellt allerdings sicherlich keinen Grund zur Unterstützung des Euro-Rettungsschirms dar.

⁴⁴ Sgn. fundamentaler Aktienwert

⁴⁵ Z.B. Internetaktien im Jahre 2000 und gegenwärtig trägt alle Kennzeichen einer Blase der Goldpreis.

8.4 Angeblich wird es zur Rezession kommen

Ja, aber die Rezession wird sowieso eintreten. Das gesamte Europa⁴⁶ hat einfach über seine Verhältnisse gelebt und nun ist die Party vorbei. Die Staaten werden aufhören müssen, Schulden zu machen, was bedeutet, dass die öffentlichen Ausgaben gekürzt werden. Dadurch wird der Verbrauch sinken und logischerweise wird auch die Produktion zurückgehen. Das hat einen Rückgang des BIP zur Folge und Rezession ist auf der Welt⁴⁷. Die weltweite Rezession hängt garantiert nicht mit dem Bankrott von irgendeinem Griechenland zusammen. Die griechische Wirtschaft macht nur ungefähr 2 % der gesamten EU aus (und weniger als 5 Promille der Weltwirtschaft), was einfach viel zu wenig Einfluss ausmacht. Aber gerade dann, wenn sich Rezession bemerkbar macht, sollten wir darauf vorbereitet sein. Die Slowakei wird Finanzen benötigen für Investitionsprogramme wie etwa Autobahnbau oder höheres Arbeitslosengeld.

Noch ein wichtiges Argument: Kommt es zur Rezession, dann werden davon doch alle Länder in Europa betroffen, ungeachtet dessen,

⁴⁶ USA selbstverständlich auch, aber dort haben sie beschlossen, das Sparen auf später zu verschieben.

⁴⁷ Nach der Wirtschaftstheorie liegt die Rezession dann vor, wenn BIP in zwei nacheinander folgenden Quartalen sinkende Entwicklung hat. Ich erlaube es mir zu behaupten, dass dies nichts gegenüber den Milliarden ist, die aus der Slowakei für griechische Renten u.ä. abfließen werden.

ob sie Euro haben oder nicht. Dennoch haben Großbritannien, Schweden und Tschechien (Länder ohne Euro) bereits vor längerer Zeit verkündet, dass sie für Griechenland und andere Problemländer keinen Cent ausgeben würden. Offensichtlich dient das Rezessionsgerede bloß der Einschüchterung.

8.5 Angeblich blockieren wir die Union

Zur Einrichtung des befristeten Euro-Rettungsfonds genügten 90 % des Kapitals der Mitgliedsstaaten⁴⁸, zu seiner Aufstockung bedarf es jedoch 100 % des Kapitals, wodurch inkorrekterweise ein großer Druck auf alle Länder ausgeübt wird, etwa im Sinne: „wir verstehen, dass ihr nicht den befristeten Euro-Rettungsfonds aufstocken möchtet, aber denkt daran, dass ihr die gesamte Union blockiert“. In Wirklichkeit ist es aber so, dass die Kollegen in der Union mindestens vier Möglichkeiten haben, wie sie ein Blockieren durch die Slowakei vermeiden können. Erstens, sie ändern einfach den Vertrag, damit auch für die Aufstockung 90 % des Kapitals ausreichend sind. Zweitens, die Slowakei wird in den befristeten Euro-Rettungsschirm überhaupt nicht einbezogen. Drittens, EZB wird mit dem Ankauf von italienischen und spanischen Anleihen weitermachen. Das ist zwar ein grober Verstoß gegen die EZB-Regeln, aber wie wir es

bereits mehrmals miterlebt haben, das eigene Regelwerk gehört nicht zur Sache, die dem Herrn Trichet heilig wären. Viertens, jene Staaten, die glauben, dass sie die Schuldenkrise mit weiteren Schulden bewältigen können, können nach wie vor bilaterale Kredite vergeben. Genauso wie beim ersten Kredit für Griechenland.

Die Realität ist allerdings so, dass Konsensentscheidungen⁴⁹ als Druckmittel auf jene Länder eingesetzt werden, die eine andere Meinung haben. Zuerst heißt es, dass eine Konsensentscheidung gut ist, weil man „einen Fuß in der Tür hat“, und dann heißt es, dass „wir doch nicht alle anderen Staaten blockieren dürfen“.

9 Wieso hat EZB mit dem Ankauf von italienischen Anleihen begonnen?

Ähnlich wie Griechenland, hat auch Italien über Jahre hinweg über seine Verhältnisse gelebt. Es hätte nie in den Euroraum aufgenommen werden sollen, weil es nie das Maastricht-Kriterium bezüglich der Staatsverschuldung⁵⁰ erfüllt hatte. Dennoch wurde es aufgenommen und das Misswirtschaften ging weiter. Heutzutage ist

⁴⁹ Entscheidungen, die der Zustimmung von allen Teilnehmern bedürfen, mit anderen Worten das „Vetorecht“.

⁵⁰ Nach den Maastricht-Kriterien darf die Staatsverschuldung höchstens 60 % betragen, Italiens Staatsverschuldung lag zum Zeitpunkt des Eintritts in die Eurozone bei 90 %.

⁴⁸ Der Anteil der Slowakei beträgt 0,9935 %.

Italien nach Griechenland das Land mit der zweithöchsten Verschuldung in Höhe von 120 % BIP und zahlt logischerweise höhere Zinsen als z.B. Deutschland. Natürlich ist dank europäischer Politiker (die seit eineinhalb Jahren die Krise zu bewältigen versuchen und bis heute keine Lösung gefunden haben) der Markt von Unsicherheit beherrscht⁵¹, und daher sind die Zinsen für italienische Anleihen auf 6 % gestiegen. Das ist vollkommen verständlich, weil der Zins aus zwei Teilen besteht, aus dem Preis des Geldes und dem Risikoaufschlag, und beim erhöhten Risikoaufschlag erhöht sich auch der Zins.

Die Tatsache, dass EZB angefangen hat, die italienischen Anleihen anzukaufen, ist unerhört. EZB hatte dazu nicht das geringste Recht. Der EZB-Chef, Herr Trichet und weitere Mitglieder des Bankenrats haben die Regeln zu befolgen und nicht diese zu ändern. Die Zielsetzungen der EZB müssen für sie heilig sein und das Hauptziel ist, die Währungs- und Preisstabilität zu wahren (d.h. Inflation unter Kontrolle zu halten), wie es den Bürgern bei der Entstehung der Eurozone versprochen wurde. Der Ankauf von Anleihen eines Mitgliedsstaates bloß weil der Zinssatz steigt, ist im direkten Widerspruch zu diesem Ziel, sowie zu sämtlichen sonstigen Prinzipien, wie etwa der EZB-Unabhängigkeit von Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Das Einzige, was Italien hilft, ist, mit dem Sparen zu beginnen, damit es nicht mehr

⁵¹ Die Realität ist eher so, dass große Spieler am Finanzmarkt begriffen haben, dass EZB den Retter bis zum Totumfallen spielen wird, ungeachtet dessen, dass sie gerade dies nicht darf, und so spielen sie gegen sie. Sie wären doch dumm, wenn sie dies nicht täten, und uns alle wird es weitere Milliarden kosten.

jedes Jahr Defizite produziert. Die italienischen Abgeordneten müssen zum Beispiel keine 15-tausend Euro netto pro Monat verdienen oder für den Fahrdienst für Politiker muss keine Milliarde Euro jährlich ausgegeben werden. Die Italiener können ebenfalls einige von ihren staatlichen Unternehmen verkaufen. Sie könnten sofort ans Geld kommen, indem sie einen Teil von Ihrem Gold verkaufen. Italien besitzt 2500 Tonnen Gold im aktuellen Wert von über 100 Mrd. Euro. Kurz und gut, es bestand kein vernünftiger Grund für EZB, auch nur eine einzige italienische Anleihe zu kaufen. Selbstverständlich kann jetzt niemand erwarten, dass Italien nun mit den Einsparungsmaßnahmen beginnt. Wozu sollten sie das auch tun? Die EZB wird sie doch retten, wenn es notwendig sein wird. Letztendlich hat der italienische Premier auch angenehmere Verpflichtungen zu erfüllen.

10 Werden die Eurobonds helfen?

Die Eurobonds sind so etwas wie gemeinsame Anleihen von allen Ländern der Eurozone. Mit gemeinschaftlicher Haftung und einheitlichem Zins. Ende Juli betrug der Zins für Anleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren in Deutschland 2,6 %, in Italien 5,9 %, in Spanien 6,1 %, in Portugal und Irland 11 % und in Griechenland 15 %. In der Zinshöhe spiegelt sich das Risiko des jeweiligen Landes wider. Zugleich drängt die Zinshöhe beachtlich auf den Schuldenabbau und motiviert dadurch zu Sparmaßnahmen.

Durch Ausgabe von Eurobonds werden die obigen Zinsen für einzelne Länder zusammengezählt und es wird der einheitliche Durchschnittszins in Höhe von ca. 4,6 % ermittelt.

Versuchen wir, uns dies auf einem konkreten Beispiel vorzustellen. Deutschland wird ungefähr 33 Mrd. Euro⁵² jährlich mehr an Zinsen zahlen, währenddessen Italien ungefähr um diesen Betrag jährlich weniger zahlen wird. Je mehr sich allerdings Italien bemühen wird, verantwortlich zu wirtschaften, umso kleiner wird dieser Vorteil, weil umso kleiner der Unterschied vom Eurobond-Zins gegenüber dem Zins wird, den Italien (bereits mit Sparmaßnahmen) selber zu zahlen hätte. Nun nehmen wir an, dass Italien eines Tages keine Defizite mehr produziert und mit dem Abbau der Staatsschulden beginnt. Dann könnte es passieren, dass der Zins, den Italien zu zahlen hätte, würde es sich aus eigener Kraft finanzieren, niedriger wäre als jener Zins, den es zu zahlen hat, solange es sich über Eurobonds finanziert. Daraus ergibt sich, dass Italien auf sein verantwortliches Wirtschaften draufzahlen wird.

Oder anders gesagt, die Eurobonds senken die Motivation zum verantwortlichen Wirtschaften, im Gegenteil, sie motivieren zur Bildung von weiteren Schulden⁵³.

⁵² Quelle: IFO Institut 17. 8. 2011

⁵³ Es tauchten auch Ansichten auf, dass die Länder Geld aus den Eurobonds nur in Höhe von 60 % ihres BIP bekommen sollten, und für den Rest selber aufkommen müssten. Ungeachtet dessen, wie solche Regel in der Praxis aussehen würde, haben die europäischen Politiker ihre Regeln bereits so oft missachtet, dass es beinahe sicher ist, dass es auch zu einem Verstoß gegen diese Regel kommen würde, sobald die Mehrheit der Länder die Grenze von 60 % erreichen würde.

11 Wieso sind alle anderen für den Euro-Rettungsschirm, einzig die Slowakei ist dagegen?

Schauen wir uns an, wer konkret den Euro-Rettungsschirm befürwortet. Es ist der EZB-Chef Trichet, der Chef der Europäischen Kommission Barosso und Chef der Eurogroup Juncker. Selbstverständlich befürworten diese Herren und weitere Eurokraten mit ihnen den Euro-Rettungsschirm, ansonsten müssten sie sich doch ihren eigenen Fehler eingestehen und sowas kommt in diesen Kreisen nicht in Frage. Wieso sollte etwa der EZB-Chef Trichet im Oktober in die Pension vor dem Hintergrund gehen, bei der EZB einen Verlust von einigen zehn Milliarden Euro⁵⁴ erwirtschaftet zu haben, und derartig seiner persönlichen Reputation zu schaden? Oder, wieso sollte der Kommissionschef Barosso zugeben, einen Fehler gemacht zu haben (als er es jahrelang zugelassen hat, dass Griechenland mehrfach höhere Defizite produzierte, als es die Maastrichtkriterien erlauben), und sich unnötig seine Machtposition untergraben? Kurz und gut, alle in Brüssel werden diesen Unsinn vom Euro-Rettungsschirm bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Ungeachtet der wirtschaftlichen, und wie es scheint, auch der politischen Kosten.

Dann haben wir hier die 17 Staaten der Eurozone. Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien werden sich nicht

⁵⁴ Die EZB hat im Widerspruch zu ihren Richtlinien griechische Anleihen für einige zehn Milliarden Euro angekauft. Sollte es zum Bankrott von Griechenland und zum wirklichen Hair-Cut kommen (Nominalwertsenkung, sagen wir auf die Hälfte), würden die Banken und EZB mit ihnen Verluste verzeichnen.

gegen den Euro-Rettungsfonds aussprechen, sie bekommen doch (bzw. werden es bald) Geld davon, damit sie mit der Verschuldung weiter machen können. Es bleiben noch 12 Staaten.

Malta und Zypern sind Staaten, die starke Bindungen mit den PIIGS haben und vielleicht bald auch ihre Hand ausstrecken werden. Dann haben wir Belgien, das auch aus dem Grund, dass es bereits seit mehr als einem Jahr keine Regierung hat, im Visier der Finanzmärkte steht, und möglicherweise der nächste Kandidat fürs Geld aus dem Euro-Rettungsfonds ist. Slowenien hat zwar relativ niedrige Gesamtverschuldung, allerdings verzeichnet es bereits seit drei Jahren hohe Defizite und wird möglicherweise auch bald seine Hand ausstrecken, und dann würde es nunmehr Geld kassieren und keins zahlen. Diese Länder sprechen sich logischerweise für den Euro-Rettungsschirm aus. Es bleiben 8 Länder.

Deutschland und Frankreich sind bestimmt dafür, weil sie die Chance haben, mit ihrer europäischen Wirtschaftsregierung die gesamte EU zu erobern. Zu dieser Gruppe gehört auch Luxemburg, das als Anbieter von Finanzleistungen sehr gut von den immer höheren Schulden sonstiger Länder der Eurozone leben kann, und zudem ist sein Anteil an der Finanzierung des Euro-Rettungsschirms im Verhältnis zum BIP am niedrigsten⁵⁵. Es bleiben 5 Länder.

Finnland hat versucht, durch bilaterale Verhandlungen hinter dem Rücken der

⁵⁵ Dagegen ist der Anteil der Slowakei am befristeten Euro-Rettungsfonds, ausgedrückt als Anteil am BIP, am höchsten.

anderen ein Sicherheitspfand⁵⁶ für seine Kredithilfe für Griechenland als Bedingung zu bekommen, ohne deren Erfüllung es sich daran nicht beteiligen wird. Obwohl die Verhandlungen zu dieser Zeit noch nicht abgeschlossen sind, ist dies ein klarer Beweis dafür, dass die Finnen sehen, welches Risiko ihnen droht und ernstzunehmende Vorbehalte gegen die Euro-Rettungspakete haben. Estland hat Euro erst seit Beginn dieses Jahres und daher ist über seine Einstellung nicht viel bekannt. Vielleicht ist bei ihnen die Euro-Euphorie noch nicht abgeklungen.

Es bleiben Österreich, Holland und die Slowakei, allesamt Länder, in denen (samt Finnland) die größte Widerstandswelle gegen den Euro-Rettungsfonds steigt. Das ist leider zu wenig, da kann sich der gesunde Menschenverstand nicht durchsetzen. Übrigens, wir sprechen nur über Politiker. Zu ihrem großzügigen Bestreben danach, alle rundherum mit immer neuen Schulden zu retten, trägt auch die Tatsache bei, dass sie sich zur Rettung Fremdgelder bedienen. Man findet aber eine Reihe von angesehenen Ökonomen⁵⁷, die mit vollem Ernst behaupten, dass Griechenland seine Zahlungsunfähigkeit erklären muss (damit ein

⁵⁶ Als Sicherheitspfand (Collateral) bezeichnet man konkrete Sicherheit, mit der der Schuldner dem Gläubiger gegenüber für seine Verbindlichkeit haftet. Zur Geltendmachung des Sicherheitspfands kommt es in dem Moment, wenn der Schuldner nicht mehr in der Lage ist, seinen vertraglich vereinbarten Verpflichtungen nachzukommen. Ein typisches Beispiel ist die Bestellung vom Pfandrecht an einer Wohnung, die als Finanzierungsgegenstand gilt.

⁵⁷ Etwa Kenneth Rogoff, Alan Greenspan, Hans Werner Sinn, 189 deutsche Professoren der Makroökonomie, die im Februar 2010 die Petition unterzeichnet haben, in der sie die deutsche Regierung auffordern, sich gegen die Kredithilfe für Griechenland auszusprechen, u.ä.

wirklicher Hair-Cut vorgenommen werden kann), bzw. dass es die Eurozone verlassen muss. Anschließend sollte es beträchtlich seine neue Währung abwerten. Die Abwertung muss in einem solchen Fall nichts Negatives darstellen, im Gegenteil, sie kann zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft beitragen und somit Griechenland helfen, auf die Finanzmärkte zurückzukehren.

Ich bin auch der Ansicht begegnet, dass die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank eine Menge Experten beschäftigen, und die könnten sich doch nicht irren. Tja, erstens muss man sich vor Augen halten, dass „wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“ und dass es den meisten Politikern gut gelegen kommt, dass der Euro-Rettungsschirm ihnen ermöglichen wird, nach wie vor „zu misswirtschaften“ und Stimmen zu kaufen. Daher werden auch die von ihnen bezahlten Experten in erster Linie das behaupten, was den Politikern passt. Und zweitens, nicht einmal ein Jahr zurück haben diese sogenannten Experten behauptet, Griechenland werde 2012 auf die Finanzmärkte zurückkehren. Bei dem befristeten Euro-Rettungsschirm haben sie sich um beinahe 200 Mrd. Euro vertan u.ä. Viel mehr als auf die Experten würde ich mich auf den gesunden Menschenverstand verlassen.

Die Situation ändert sich, wenn wir uns die Wähler anschauen, z.B. in Deutschland. Gegen den Euro-Rettungsschirm gibt es markanten Widerstand, man braucht sich nur die verschiedenen Internetdiskussionen

anzuschauen⁵⁸. Und wenn wir schon bei Deutschland sind, dort gibt es vielleicht auch keine Koalitionsmehrheit, zur Verabschiedung des Euro-Rettungsschirms werden dann Stimmen der Opposition benötigt.

12 Wie geht es weiter?

Ich verstehe, dass die Slowakei ein kleines Land ist, man muss es mit der Servilität jedoch nicht übertreiben. Wenn es einmal das Vetorecht gibt, dann muss es auch erlaubt sein, es auszuüben, etwa wenn es um Abwendung von riesigen wirtschaftlichen Schäden geht. Es wäre gut, ein bisschen selbstbewusster zu sein, und sich dessen bewusst zu sein, dass die Interessen der Slowakei nicht immer mit den Interessen anderer Länder identisch sind.

Ich stimme der Behauptung zu, dass es nun nicht nur um Griechenland geht. Es geht darum, dass sich gerade in dieser Zeit (unter dem Vorwand der Euro-Rettung) eine zentrale europäische Regierung formt. Bei einer solchen Regierung werden wir nicht nur gemeinsame Währung haben, sondern auch gemeinsame Schulden, gemeinsame Steuern und im mittelfristigen Horizont ein Minimum an nationalen Kompetenzen. Man muss sich darüber klar werden, dass wir dann in der Slowakei fast gar nichts mehr zu entscheiden haben werden.

Verglichen zu dem, was im Begriff zu entstehen ist, war der RGW nur ein Kaffeekränzchen. **Ich möchte darauf hinweisen, dass dies nicht jene Eurozone ist,**

⁵⁸ Reaktionen etwa auf mein Interview in der Die Welt vom 26. 8. 2011, wo von den mehr als vierhundert Beiträgen 98 % gegen den Euro-Rettungsschirm sind.

in die wir 2009 eingetreten sind. Es sollten Regeln gelten, allerdings werden alle heutzutage gebrochen. Der befristete Euro-Rettungsschirm und der dauerhafte Rettungsschirm wird uns das 1 bis 1,5-fache des jährlichen Staatshaushalts kosten! Zudem steht es nirgendwo geschrieben, dass die Aufstockungsversuche in Bezug auf Euro-Rettungsfonds vorbei sind. Dies ist ein wirtschaftlicher Hochverrat. Hat jemand überhaupt die Leute gefragt, ob sie das wirklich wollen? Sämtliche Umfragen haben ein eindeutiges Ergebnis, die Leute möchten keinen Euro-Rettungsschirm. Und für eine Volksabstimmung besteht bei unseren Koalitionspartnern kein Wille. Wir sind eine Koalition, in deren Programmklärung wortwörtlich Folgendes steht⁵⁹:

„Auf der Ebene der Europäischen Union wird die Regierung der SR eine wesentliche Verschärfung des europäischen Haushaltsregelwerks – Stabilitäts- und Wachstumspakt durchsetzen, wobei die Änderungen auch einen klaren Mechanismus vom gesteuerten Bankrott eines Landes zu enthalten haben, das konsistent eine unverantwortliche Haushaltspolitik betreibt, sowie weitere Mechanismen für effektive Erzwingung der Befolgung des verabschiedeten Regelwerks.“

Nun sind unsere Koalitionspartner dabei, genau das Gegenteil zu tun. Dafür haben Sie allerdings von den Wählern bei den Wahlen kein Mandat bekommen⁶⁰.

Die Ratifikation der Euro-Rettungspakete durch den Nationalrat wird eine Entscheidung sein, die langfristig und im

großen Umfang die Bürger der Slowakei beschädigen wird.

Unter eine solche Entscheidung wird die SaS einfach nicht ihre Unterschrift setzen.

⁵⁹ Und etwas Ähnliches haben auch die Regierungsparteien in ihren Vorwahlprogrammen.

⁶⁰ Mehr als [60 % der Einwohner](#) der SR ist gegen die Kredithilfe für Griechenland, Quelle AVVM.



DER EURO-RETTUNGS-
SCHIRM stellt die größte
Bedrohung für Euro dar,
da er die Schuldenkrise mit
weiteren Schulden behämpft!!!

Ing. Richard Sulík
SaS-Vorsitzender

WARUM WIR ENTSTANDEN SIND UND WAS WIR ERREICHEN WOLLEN

Eine Gruppe von Fachleuten, die bereits Einiges als Unternehmer bzw. Managers geleistet hatten, hörte eines Tages auf, über die slowakischen Verhältnisse bloß zu schimpfen und gründete eine politische Partei. Keiner von ihnen war je Politiker, was sie allerdings verband, waren ihre Zielstrebigkeit und Standhaftigkeit. Das Leben hatte sie gelehrt, dass ehrliches und verantwortungsbewusstes Handeln nicht nur eine Garantie für privates Glück sind, sondern auch die Bedingung für die Funktionsfähigkeit einer Gemeinschaft. Die individuelle Freiheit im Rahmen von fairen Regeln und die Chance auf Erfolg für jeden Einzelnen ging ihnen stets über alles.

So entstand 2009 die rechts-liberale Partei Sloboda a Solidarita (Freiheit und Solidarität), die Partei von stolzen und freien Bürgern, die beschlossen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Als erste vorrangige Aufgabe setzten sie sich, daran

zu arbeiten, dass der Staat effektiv und gerecht funktioniert.

Die größte Schwachstelle bei der Modernisierung der Slowakei stellt nämlich ihr überbürokratisierter öffentlicher Sektor dar, der seit viel zu langer Zeit von der Korruption beherrscht ist. In einer Gesellschaft, in der Zugang zur Gerechtigkeit erschwert und Durchsetzbarkeit des Rechts geschwächt ist, kann man weder liberale Freiheiten erfolgreich durchsetzen, noch Möglichkeiten der bürgerlichen Solidarität entfalten.

„In die Politik gehen wir nicht, um eine Menge Geld für sich zu unterschlagen, sondern um zu verhindern, dass unsere Kinder aus der Slowakei flüchten. Es geht uns darum, dass Slowakei ein normales Land werden sollte, in dem alles funktioniert, und in dem ein Bürger sein Leben frei führen kann, ohne vom Staat schikaniert zu werden.“

www.strana-sas.sk

SaS
Sloboda Solidarita